

Wöchentlich 65 Pf., monatlich 2,00 M.
Im voraus zahlbar, Postbezug 4,22 M.
einschließlich 60 Pf. Postgebühren und
12 Pf. Postbescheidgebühren. Auslands-
abonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags
zwei- bis dreimal, Sonntags und Feiertags
einmal. Die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, illustrierte Beilagen „Wort
und Bild“ und „Kameradschaft“, Ferner
Unterhaltung und Wissen, „Frauen-
stimme“, „Lohn“, „Bild in die
Bühnenwelt“ und „Dagrad-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die 118seitige Sonntagsausgabe
des „Vorwärts“ ist als „Frei-
markt“, „Kleine Anzeigen“ des ver-
gessenen Wortes (Wort) oder weitere Wort
12 Pfennig, Beilagen des er-
sten 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen Seite
40 Pfennig, Anzeigenannahme im Haupt-
stadt-Verkehr 3. wochentags
von 9 1/2 bis 12 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wollstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 5.

An das deutsche Volk!

Aufruf gegen das Hugenbergische Inflationsbegehren.

Seit mehr als zehn Jahren kämpft das deutsche Volk gegen die ungeheuren Lasten, die ihm der Vertrag von Versailles als Folge eines heldenhafte geführten, aber verlorenen Krieges auferlegt hat. Nach einer Epoche, in der die Siegerstaaten durch Anwendung einer ungehemmten Machtpolitik Deutschland ihren Willen aufzuzwingen suchten, einer Epoche, die Deutschland nahe an den Rand des Abgrundes brachte, gelang es endlich den deutschen Bemühungen, einen Umschwung herbeizuführen. Andere Methoden der Politik kamen zur Geltung und schützten unser Vaterland vor den drohenden Gefahren.

Auf die Zeit der Gewalt und der einseitigen Diktate folgte die Zeit der Unterhandlungen und der Verständigung.

Die Vernunft setzte sich durch. Deutsche Männer setzten festen Willens und klaren Kopfes, unbekümmert um den Fanatismus, der ihnen aus dem eigenen Volke entgegenstand; diese Männer wiesen den Weg in die bessere Zukunft. Es zeigte sich immer mehr, daß nur auf diesem Wege das Ziel der Befreiung Deutschlands erreicht werden konnte.

Das Ergebnis dieser mühsamen, aber allein möglichen Politik ist, daß sich die Stellung Deutschlands unter den Völkern wieder gefestigt hat.

Nicht steht in kurzer Frist die Befreiung des Rheinlandes von fremder Besatzung bevor. Die Reparationen sollen um erhebliche Jahresbeträge herabgesetzt werden, die dem Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft zugute kommen werden. Die Souveränität der deutschen Finanzen und der deutschen Wirtschaft soll wiederhergestellt werden.

Es sind Verhandlungen eingeleitet, um auch das Saargebiet alsbald wieder restlos mit dem übrigen Deutschland zu vereinigen. Gewiß sind damit noch nicht alle Aufgaben der deutschen Politik erfüllt. Aber es ist der Weg eröffnet, um den Wiederaufbau Deutschlands zu Ende zu führen und unserem Lande die Zukunft zu sichern, auf die es ein Recht hat.

Diese Entwicklung soll jetzt mit einem Male abgebrochen werden. Ein Volksbegehren soll zustande gebracht werden, das die grundsätzliche Ablehnung von der Politik der Verhandlungen und der Verständigung verlangt, und das den Anspruch zu erheben sucht, als ob Deutschland jetzt seine Wünsche und Forderungen den Siegern des Weltkrieges aufzwingen könnte. Deutschland soll sich losagen von den Haager Vereinbarungen über die Befreiung des Rheinlandes; man glaubt durch einseitige deutsche Beschlüsse die fremden Truppen aus den besetzten Gebieten herausbringen zu können. Deutschland soll die schwerenden Verhandlungen über die Erleichterungen der Reparationslasten abbrechen und an den unerfüllbaren Bedingungen des Dawes-Planes festhalten,

um so eine finanzielle und wirtschaftliche Katastrophe herbeizuführen, deren unabsehbare Folgen jeder einzelne Deutsche zu tragen haben würde.

Ein solcher Plan ist keine ernstliche, verantwortungsvolle Politik. Kein vernünftig denkender Deutscher, dem der Wiederaufstieg seines Vaterlandes am Herzen liegt, kann ein solches Vorhaben fördern. Trotzdem wagen die Urheber dieses Planes, ein Gesetz vorzuschlagen, das diejenigen Deutschen, die sich in verantwortlicher Stellung zu der bisher erfolgreich betriebenen Verständigungspolitik bekennen, als gemeine Landesverräter behandelt und mit Zuchthaus bedroht, ein Vorhaben, so ungeheuerlich, daß es als Versuch schlimmster Volksverhetzung gebrandmarkt werden muß.

Das ganze „Volksbegehren“ ist auf einer offenkundigen Unehellichkeit aufgebaut. Es stützt sich auf die unstatige Behauptung, daß die bisherige deutsche Außenpolitik auf der Anerkennung der Kriegsschuld Deutschlands beruhe, und daß die deutsche Regierung den Kriegsschuldartikel des Versailler Vertrages nur schriftlich zu widerrufen brauche, um Deutschland von allen Lasten und Fesseln des Vertrages zu befreien. Niemand hat Deutschland den einseitigen Schuldanspruch des Versailler Vertrages anerkannt! Jede deutsche Regierung hat dies Anrecht in feierlichen Erklärungen zurückgewiesen. Das ist zuletzt noch geschehen in dem Aufruf, den am zehnten Jahrestage der Unterzeichnung des Versailler Vertrages der Herr Reichspräsident

von Hindenburg und die Reichsregierung an das deutsche Volk gerichtet haben. Unermüdet haben daneben die berufenen deutschen Stellen die Welt über die wahren Ursachen des Krieges aufgeklärt. Der Erfolg dieser Arbeit tritt immer deutlicher zutage; der Glaube an das Märchen von der Allerschuld Deutschlands schwindet immer mehr. Das „Volksbegehren“ würde diese hoffnungsvolle Entwicklung um Jahre zurückwerfen.

Das deutsche Volk hat jetzt zwischen Vernunft und Unsinn zu wählen.

Wer nicht in törichter Verblendung den Bemühungen um den Wiederaufstieg des Vaterlandes in den Arm fallen will, muß diesem „Volksbegehren“ fernbleiben. Wer es unterschreibt, fördert die Zerstückelung und die Versklavung des deutschen Volkes.

Der Aufruf trägt die Unterschriften sämtlicher Reichsminister, des Reichsbankpräsidenten sowie einer Reihe von führenden Persönlichkeiten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens.

Die Sklaveneport-Lüge.

Der „Vorwärts“ als Kronzeuge.

Die deutschen „Kriegs-Neuesten Nachrichten“ vom 11. Oktober veröffentlichten einen Aufsatz „Volksbegehren und Young-Plan“ von G. Schmidt, in dem folgendes zu lesen steht:

„Nach einer Flugchrift von Fritz Reinhardt „Kolonien-Export“ ist im „Vorwärts“ unter der Überschrift: „Funktionen und Vorteile der Reparationsbank“ am 16. Juni d. J. ein Aufsatz erschienen, in dem es als eine „glückliche Idee“, als ein „großer Fortschritt“ bezeichnet wird, daß dem deutschen Volke jetzt ein Young-Plan vorgelegt ist, der verlangt:

1. daß „Deutschland die Möglichkeit genommen wird, sich der Erfüllung seiner Verpflichtungen zu entziehen“.
2. daß „alle großen Finanzmächte der Welt sich gegen Deutschland verbünden, um das deutsche Volk eines Tages vor die Wahl zu stellen: entweder eine wirtschaftliche und finanzielle Katastrophe in bisher ungekannter Ausdehnung über sich ergehen zu lassen oder deutsche Jünglinge und Mädchen als Sklaven aus Deutschland zu exportieren, um deren Arbeitskraft in großen Unternehmungen der Weltfinanz in ausländische Währung übertragen zu lassen.“

Für Leser des „Vorwärts“ ist es wohl überflüssig festzustellen, daß die fettgedruckten Worte in seinem Aufsatz vom 16. Juni nicht gestanden haben, also eine ganz ungewöhnlich

strenge Fälschung

darstellen. Der „Vorwärts“ hat weder den vom Verfasser eigens hinzugefügten „Sklaveneport“ noch auch „daß Deutschland die Möglichkeit genommen wird, sich der Erfüllung seiner Verpflichtungen zu entziehen“ als eine „glückliche Idee“ bezeichnet. Von einer „glücklichen Idee“ hat er vielmehr nur im Zusammenhang mit der Abschaffung der Dawes-Organisation gesprochen, die tiefgreifende Eingriffe in die Souveränität des Reiches gestattet. In ganz anderem Zusammenhang wurde dann die Feststellung getroffen:

Unter der endgültigen Regelung des Reparationsproblems verstand man jedoch eine solche Regelung, die möglichst vollständig jede politische Unsicherheit ausschließen würde, d. h. eine Regelung, die Deutschland die Sicherheit gewährt, daß keine neuen Forderungen gestellt werden, und andererseits Deutschland die Möglichkeit nimmt, sich der Erfüllung von ihm übernommener Verpflichtungen zu entziehen.

Punkt 1 ist also plump zusammengefaßt, Punkt 2 ist einfach dazu erfunden.

Der Agitationschwinkel, daß der Young-Plan den Export deutscher Jünglinge und Mädchen in die Sklaverei gestattet, ist von den Urhebern des Inflationsbegehrens für die ganz Dummen erfunden worden. Nur ihnen kann auch zugemutet werden, zu glauben, daß der „Vorwärts“ als Kronzeuge für einen solchen Unsinn zu brauchen sei.

Das Befinden Leiparts.

Keine Verschlimmerung.

Im Befinden des Genossen Theodor Leipart ist glücklicherweise keine Verschlimmerung eingetreten. In den Abendstunden erlangte er das Bewußtsein wieder. Es wird niemand zu ihm gelassen, da er allergrößter Schonung bedarf.

Der Krankheitsführer Bachm., der bei dem Sturz eine Gehirnerschütterung erlitt, dürfte aus dem Krankenhaus bald wieder entlassen werden.

Umgang mit Menschen.

Lehren des Falles Sklarek.

Es war in der letzten Zeit notwendig, gewissenlosen Verleumdungen einer Sensationspresse und demagogischen Behauptungen, die sich rund um den Sklarek-Skandal breit machten, entgegenzutreten. Es war notwendig und es soll auch weiter geschehen, wenn es notwendig sein wird. Auch ehrliche Entrüstung über Korruptionsercheinungen, die sichtbar werden, ist keine Entschuldigung für leichtfertiges Umgehen mit der Ehre von Menschen. Wir wollen lieber mit einer Verurteilung, die notwendig sein mag, eine Woche später kommen, als um des Wettlaufes mit den Sensationslüsternen willen es mit der Gerechtigkeit gegen Menschen leicht nehmen.

Aber wir müssen immer wieder betonen, daß die aus solchen Ermäßigungen gebotene Zurückhaltung oder Abwehr nicht das geringste zu tun haben soll mit Verurteilung oder mit Reue zur Milde im Urteil. Wir wollen streng sein und unsere Partei muß streng sein. Dabei darf kein Zweifel darüber herrschen, daß für uns der Splitter im eigenen Auge wichtiger ist als der Balken im Auge anderer Parteien. Es darf kein Zweifel darüber herrschen, daß die Frage, ob Männer, denen die Sozialdemokratie das Vertrauen geschenkt hat, öffentliche Ämter zu bekleiden, sich dieses Vertrauens würdig erwiesen haben, nicht nach dem Maßstab des Strafgesetzes zu beurteilen ist. Für ihre Beantwortung reicht auch nicht der Maßstab bürgerlicher Verkehrssitten aus, sondern wir müssen einen strengeren, aus unserer sozialistischen Haltung sich ergebenden Maßstab anlegen. Wir müssen uns auf unsere eigene Parteimoral besinnen.

Gibt es eine besondere sozialdemokratische Parteimoral? Wir bejahen die Frage. Es muß sie geben. Wir sagen das nicht aus billiger Selbstgefälligkeit, sondern mit dem schmerzlichen Gefühl, daß vielleicht in den stürmischen Jahren, die hinter uns liegen, manches veräußert worden ist, um sie im Bewußtsein aller Parteigenossen so wach zu erhalten, daß der höchstmögliche Schutz gegen Entgleisungen gegeben wäre. Insofern liegt vielleicht eine Schuld vor, die über den Kreis der Schuldigen weit hinausgreift. Wir sagen das nicht, um anzuklagen, sondern um uns selbst zu besinnen, um aus Erfahrungen zu lernen.

Der sozialdemokratische Maßstab über erlaubt und unerlaubt in der Haltung der Träger von öffentlichen Mandaten muß strenger sein als der bürgerliche wegen unserer politisch-ökonomischen Ziele. Wo öffentliche Verwaltung oder Wirtschaft mit privaten Geschäften sich berühren, gibt es unvermeidlich eine Gefahrenzone der Korruption. Wenn sich zeigt, daß irgendwo in dieser Zone Unheil eingetreten ist, dann können bürgerliche Politiker nicht die Folgerung ziehen, daß man die Berührungsbereiche enger machen sollte. Sie können sich die Interessentenrufe gegen zentrale Beschaffungen, die zweckmäßig auch mit zeitlich begrenzten Monopolverträgen verbunden sein können, zu eigen machen, wie wir sie jetzt schon von der Organisation des Einzelhandels gehört haben. Die Sozialdemokraten haben es nicht so leicht. Unser Ziel der Überwindung des Kapitalismus zwingt uns den Weg der Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft auf. Dieser Weg ist in der langen Periode des Ueberganges notwendig mit einer ständigen Ausdehnung der Berührungsbereiche zwischen öffentlicher Verwaltung und privater Wirtschaft verbunden. Wir werden uns hüten, der Bequemlichkeit der Einengung der Gefahrenzone auch nur einen Schritt in der Ausdehnung der Gemeinwirtschaft zu opfern. Wir kennen die Gefahr und wissen, daß sie manches Opfer erfordert wird, aber wir wissen auch, daß die neue Gesellschaft, um deren Aufbau wir kämpfen, kein angestricheltes Ausweichen gestattet. Diese Erkenntnis bringt aber auch besondere Verpflichtungen mit sich. Sie verpflichtet zu stärkster Wachsamkeit gegenüber allen Missetatenden in der öffentlichen Verwaltung, sie verpflichtet aber vor allen Dingen zu der strengsten Haltung der Funktionäre, die die Sozialdemokratie selbst, als Vertreter der Arbeiterklasse, dem öffentlichen Dienst stellt. Deshalb muß die Partei von dem erwähnten Parteigenossen nicht nur die Korrektheit verlangen, zu der jeder öffentliche Funktionär verpflichtet ist, sondern mehr. Jeder Sozialdemokrat muß sich bewußt sein, daß nicht nur jeder Fehltritt, sondern schon jede Geschmackswidrigkeit, die er sich zuschulden kommen läßt, eine Sünde gegen den Sozialismus und gegen die Interessen der Arbeiterklasse ist, die ihm ihr Vertrauen geschenkt hat, nicht um ihm eine angenehme Position zu verschaffen, sondern um ihm die Möglichkeit zu geben, mit besonderer Verantwortung an der Bewirkung der großen Ziele der Sozialdemokratie mitzuarbeiten. Deshalb gibt es für uns nicht nur den selbstverständlichen Kampf gegen jede Korruption, sondern darüber hinaus einen strengeren Maßstab, eine Parteimoral, die uns oft eine Milde des Urteils verbietet, zu der wir manchmal aus Verständnis für Menschliches-Mitzumenschliches und aus Furcht vor eigenem Pharisäertum neigen werden.

Ueber diese grundsätzliche Einstellung wird es unter Sozialdemokraten — natürlich mit Ausschluß einzelner, die sich

Severing über das Stahlhelmverbot.

Ein Abend der Vereinigung Republikanische Presse.

Die Vereinigung Republikanische Presse veranstaltete am Montag in den Räumen des Demokratischen Klubs eine Aussprache über das Hugenberg-Hitler-Volksbegehren.

Reichsinnenminister Severing kam dabei auch auf das Stahlhelmverbot zu sprechen und führte aus:

Der politische Kampf hat in diesem Jahre schon Formen angenommen, die nur vergleichbar sind mit dem schlimmsten Jahre 1923. Das liegt zum Teil an der Passivität der unteren Behörden. Diese Sitten zu bekämpfen, ist nicht draconische Gewalt, sondern nur weitreichende Aufklärung nötig. Da die Reichsregierung nicht alle Orte mit Flugblättern versorgen kann, hat sie zu dem Mittel der sogenannten Auftragsvorträge gegriffen, die ihr im Rundfunk zustehen. Sie wird weiterhin auch Auftragsnachrichten durch Rundfunk verbreiten lassen in der Form, daß den fast täglich erscheinenden Schwindelemdungen des Ausschusses für das Volksbegehren sofort das Dementi der Regierung entgegengesetzt wird.

Das Stahlhelm-Verbot im Rheinland

hätte schon viel früher ausgesprochen werden müssen. Schon 1926 war dieses Verbot möglich, wenn nicht mein Amtsvorgänger die dahingehenden Vorschläge der preußischen Regierung abgelehnt hätte. Wenn trotz des unberechtigten Vormarsches, der der Reichsregierung aus Rechtsstreifen gemacht wird, daß sie gegenüber dem Volksbegehren Einschüchterungspolitik betreibt, das Verbot dennoch erlassen worden ist, so war dafür folgendes maßgebend: Der Bericht der Provinzialbehörden über die militärischen Übungen des Stahlhelms ging vor etwa einer Woche an den preußischen Innenminister, und da handelte es sich darum, entweder Verbotenes zu verbieten oder Erlaubtes zu erlauben. Hugenbergs Behauptung, das Verbot sei unter Auserachtlassung der gesetzlichen Bestimmungen erfolgt, stellt eine Unwahrheit dar, die bei dem alten preußischen Beamten Hugenberg eigentlich berührt. Das Verbot erfolgte auf Grund der Ausführungsbestimmungen zum Friedensvertrag. In diesem Ausführungsgeheiß heißt es, daß alle Maßnahmen der Länderregierungen aus dem Befehl

der Zustimmung der Reichsregierung

bedürften. Angeblich habe ich nun damit, daß ich das Verbot als Reformminister bestätigte, die gesetzlichen Bestimmungen außer acht gelassen. Die betreffenden Verfassungsbestimmungen besagen, daß die Richtlinien der Politik der Regierung durch den Reichskanzler bestimmt werden, daß aber die Reformminister im Rahmen ihres Ressorts frei sind. Derselben Anschauung schließen sich auch sämtliche Kommentatoren und selbst das Reichsgericht an, und auch die politische Praxis des Innenministeriums und der Rälz und Keudell hat von 1926 bis 1928, teils aus dem Republikaschutzgesetz, teils aus dem Vereinsgesetz, aber auch aus dem Ausführungsgesetz zum Friedensvertrage ohne ausdrückliche Zustimmung der gesamten Regierung zahlreiche Verbote verfügt. Bei Herrn Keudell handelte es sich allerdings um den Roten Frontkämpferbund!

Damit nicht genug, ich habe überdies noch den Reichskanzler und die zuständigen Stellen des Auswärtigen Amtes von dem geplanten Schritt unterrichtet, ohne auf Widerspruch gestoßen zu sein. Im übrigen können solche Polizeieingriffe nicht auf lange Kollektivberatungen warten, um Indispositionen zu verhüten. Denn der gefährliche Schlag sollte gründliche nachholen, was die Bezirksregierungen etwa veräußert hätten. Die Reichsregierung und die preußische Regierung sind sich vollkommen darüber klar:

der Stahlhelm ist nicht das harmlose Gebilde, als das er sich in seinen Erklärungen an den Reichspräsidenten hingestellt hat.

Seine Marschübungen dienen keineswegs bloß der Ertüchtigung, sondern der Vorbereitung des Angriffs auf den sogenannten inneren Feind.

Der Minister sprach dann noch über einige staatsrechtliche Fragen des Volksbegehrens und sagte u. a.:

„Ich möchte mich noch der Frage zuwenden, wieviel Stimmen notwendig sind, um dem geplanten Volksbegehren zum Erfolg zu verhelfen. Bei 41 Millionen Wahlberechtigten müssen meiner Meinung nach mehr als 20 Millionen Stimmen überhaupt aufgebracht werden, unter der Voraussetzung, daß die anderen sich nicht daran beteiligen. Diese meine Auffassung ist verschiedentlich bestritten worden. Aber der Artikel 75 der Reichsverfassung und fast sämtliche Kommentare lassen keinen Zweifel darüber, daß für das Volksbegehren 4128 000 Eintragungen notwendig sind. Wenn das Gesetz dann den Reichstag beschäftigt, kann an der Ablehnung selbst für Herrn Hugenberg kein Zweifel bestehen. Artikel 75 sagt dann ausdrücklich, daß ein ablehnender Beschluß des Reichstags nur außer Kraft gesetzt werden kann, wenn sich die Mehrheit der Stimmberechtigten am Volksentscheid beteiligt. Dabei spielt es gar keine Rolle, ob dieser Volksentscheid verfassungsändernd ist oder nicht.“

Im übrigen bin ich der Meinung, daß der § 4 des „Freiheitsbegehrens“ verfassungsändernd ist.

Wenn nämlich der Reichspräsident als Stelle, die die auswärtigen Verträge abzuschließen hat, auf dem Wege der Befehlsgebung durch andere Stellen ersetzt werden soll, die dann allein zum Vertragsabschluss berechtigt sind, so bedeutet das entschieden eine Verfassungsänderung. Die Reichsregierung steht zu ihrer Erklärung, daß sie einen glatten Verlauf des Volksbegehrens garantiert. Es sind bereits Beschwerden eingelaufen, daß das Sammeln auf Sammelstellen erschwert worden sei. Schon durch Erklärungen, die ich früher bei Gelegenheit von Wahlen gemacht habe, habe ich den unteren Behörden eine liberale Handhabung der Kontrolle der Sammlungen befohlen. Dem Volksbegehren werden alle verfassungsrechtlichen Garantien gegeben werden, gerade weil der härteste sachliche Kampf dagegen geführt werden muß. Ich bin nicht im Zweifel, daß die republikanische Presse diesen sachlichen Kampf unterstützen wird.“

Großer Beifall folgte den Ausführungen Severings. Daran schloß sich eine Aussprache, in der auch u. a. der preußische Innenminister Grzesinski das Wort ergriff. Er wandte sich mit großer Entschiedenheit gegen das Treiben der uniformierten republikanischen Verbände. In seinem Schlusswort stellte der Vorsitzende, Ministerialdirektor z. D. Spicker, fest, daß die Regierung die Führung ergriffen habe und daß die republikanische Presse bereit sei, ihr zu folgen.

Englische Botschaft in Warschau. Auch England ist jetzt dem früheren Beispiel Frankreichs und Italiens gefolgt und hat die Umwandlung seiner Gesandtschaft in Warschau in eine Botschaft amtlich bekanntgegeben. Die übrigen Großmächte werden nun kaum umhin können, das gleiche zu tun.

Der Chef der russischen Handelsvertretung in Paris ist von der Ucheta seines Amtes enthoben worden.

Boche à la mode!

oder: Voraussage Hitlers über den Young-Plan.



Die Hitler-Hugenberg-Agitatoren verbreiten die Behauptung, daß nach dem Young-Plan deutsche Menschen als Sklaven in die Kolonien der Entente exportiert werden müßten. Die Wahrheit ist noch entsetzlicher: Nach dem Young-Plan dürfen die Franzosen alljährlich zweihundert wohlgenährte Germanen gleich Ochsen am Spieß braten und verzehren. Allerdings müssen die Betroffenen ihre Eignung zu dieser Ochsenprozedur erwiesen haben, indem sie die Lügen der Hitler- und Hugenberg-Presse glauben und sich für das Volksbegehren einzeichnen.

Kodderschnauzen an die Front!

Aus den Geheimnissen des „Stahlhelm“.

Am 23. Januar v. J. richtete der Freiherr v. Fürstenberg an seinen Schulkameraden Rahnke folgendes Schreiben:

Im allgemeinen Interesse würde es meiner Ansicht nach von großer Wichtigkeit sein, wenn Severing in seiner Hofburg Bielefeld in dem zu erwartenden Wahlkampf stark und erfolgreich angegriffen würde, was nach meiner Ansicht geht, wenn schon bald unter der Arbeiterschaft vorbereitet wird.

Was heißen würde, daß man umgehend einige geeignete Kodderschnauzen in und um Bielefeld in den Werken unterbringt, die dann schon jetzt wählen.

Die Dö. Bielefeld ist noch schwach, wenn sie sich auch in den letzten Jahren vermehrt und gestärkt hat. Ich glaube, sie ist wohl in der Lage, einige Leute gut unterzubringen. Wie wenig leicht es ist, dem Huch Severing beizukommen, beweist nur, wie wichtig es sein würde.

Mit bestem Gruß und der Bitte, mal über Severing nachdenken zu wollen. Die Anmeldungen betreffend 12. Februar werden mit bestem Dank baldigst erfolgen. Front Heil!

Ueberflüssig zu sagen, daß das Rezept, „geeignete Kodderschnauzen“ mit Hilfe der Unternehmer in den Werken „gut unterzubringen“, und sie dann tüchtig wählen zu lassen, nicht bloß in Bielefeld befolgt wird. Man sollte in allen Betrieben darauf achten, ob nicht auch in ihnen solche gut untergebrachte Kodderschnauzen zu finden sind.

Für den Stahlhelm von Rheinland-Westfalen, der jetzt nach erfolgtem Verbot so harmlos tut, ist übrigens noch ein anderer Vorfall bezeichnend. Am 27. Januar d. J. kehrte eine Stahlhelmabteilung von einer Feldübungsübung nach Bonn zurück. In der Stadt ließ der Führer seine Leute halten und hielt an sie folgende Ansprache:

Kameraden, unser Gedanke gilt heute dem treuen deutschen Manne, unserem Obersten Kriegsherrn, der, verraten von seinem Volk, fern von der Heimat seinen Geburtstag feiern muß. Wir haben dieses Mannes heute gedacht und ihn gefeiert, als wir in soldatischen Übungen unsere Körper stählten für den Tag, an dem wir mit den Volksverrätern abrechnen werden. Front Heil! Jetzt aber schreien die Stahlhelmeute, die von der Republik

verbürgte Freiheit sei in Gefahr — warum? Weil die Republik nicht totlos zuseht, wie zum Bürgerkrieg geübt wird, der ihr den Garau machen soll!

Bayern und der Young-Plan.

Der Hugenbergblock stellt die bayerische Volkspartei vor die Entscheidung.

München, 14. Oktober.

Die deutschnationale Fraktion hat im Bayerischen Landtag einen Antrag eingebracht, der die Staatsregierung ersucht, im Reichsrat den den Young-Plan betreffenden Abmachungen der Haager Konferenz ihre Zustimmung zu versagen. Von der nationalsozialistischen Fraktion ist ein Antrag in gleichlautender Form eingeleitet; außerdem haben die beiden Vorsitzenden der deutschnationalen und der nationalsozialistischen Fraktion ein gemeinsames Schreiben an das Landtagspräsidium mit dem Antrag auf sofortige Einberufung des Bayerischen Landtags gerichtet.

Regierung Holz-Bajille wird interpelliert.

Stuttgart, 14. Oktober. (Eigenbericht.)

Am 22. Oktober wird der Württembergische Landtag zu einer zwei- bis dreiwöchigen Tagung zusammentreten, in deren Verlauf u. a. auch die sozialdemokratische Anfrage über die Stellung der Regierung zum Young-Plan zur Debatte stehen wird. In der Anfrage heißt es:

„Der Regierung gehören zwei Minister der Deutschnationalen, also jener Partei an, die den Young-Plan im Volksbegehren und Volksentscheid bekämpft, der die Reichsminister eines zuchtunwürdigen und landesverräterischen Verbrechens beschuldigt. Wir fragen das Staatsministerium, wie sich die württembergische Regierung bei den bisherigen Besprechungen der Länderregierungen mit der Reichsregierung über den Young-Plan verhalten hat, und ob sie bereit ist, geschlossen die Reichsregierung darin zu unterstützen, auf dem Wege der Abmachungen vom Haag die Rheinandrängung und eine wesentliche Erleichterung der Finanzlage herbeizuführen.“

Arbeiterregierung in Australien.

Ministerpräsident Scullin.

Melbourne, 14. Oktober.

Infolge des Wahlsieges der Arbeiterpartei Australiens wird heute Premierminister Bruce sein Amt niederlegen. Der Führer der Arbeiterpartei, Scullin, soll sein Nachfolger werden.

London—Moskau.

Sowjetregierung stimmt den Vereinbarungen Henderson-Dowgalewski zu.

London, 14. Oktober. (Eigenbericht.)

Ämtlich verlautet, daß die Sowjetregierung mit den zwischen Henderson und dem russischen Vertreter Dowgalewski verabredeten Grundlagen für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen einverstanden ist. Der Botschafteraustausch wird erfolgen, sobald das britische Unterhaus seine Zustimmung zu den Abmachungen gegeben hat.

Der Sejm einberufen.

Aber zum äußersten Termin.

Die polnische Verfassung schreibt vor, daß der Sejm im Oktober zur Staatsberatung zusammentreten muß. Pilsudski hat das Parlament durch den Staatspräsidenten Moseicki auf den 31. Oktober einberufen lassen. Man scheut den offenen Verfassungsbruch, versetzt aber der Volksvertretung wieder einen Fußtritt. Die Bauernpartei „Piast“ hat bereits beschlossen, ein

Mißtrauensvotum gegen die Gesamtregierung einzubringen.

Sozialistischer Aufruf gegen Pilsudski.

Der Parteivorstand der polnischen Sozialdemokratie führt in einer Entschliessung aus, daß sich die innere Lage Polens in den letzten Monaten bedeutend verschärft hat und die Regierungspolitik jetzt ganz im Dienste des Großkapitals und des Großgrundbesitzes steht. Dieser Zustand der Unsicherheit wird durch die sich ständig wiederholenden Umsturzdrohungen der gegenwärtigen Machthaber verschärft. Daher kann der Widerspruch zwischen der Mehrheit der polnischen Bevölkerung und dem gegenwärtigen Regime zu einer Staatskrise von unabsehbaren Folgen führen. Der Parteivorstand erklärt die Liquidierung des gegenwärtigen Regimes, das sich auf die Diktatur einer Einzelperson stützt, für sein unmittelbares Ziel. Er ist bereit, zu seiner Erreichung mit allen demokratischen Elementen zusammenzuarbeiten. Jeder Staatsstreik wird auf die entschiedene Abwehr der breiten Masse stoßen.

Eisenbahnunglück.

Zugzusammenstoß im Duisburger Hauptbahnhof.

Duisburg, 14. Oktober.

Montag abend, gegen 1/9 Uhr, fuhr der Personenzug 260 in Richtung Düsseldorf bei der Ausfahrt auf dem hiesigen Hauptbahnhof gegen eine Rangierlokomotive. Durch den Zusammenstoß wurden mehrere Personen verletzt, davon 6 oder 7 erheblich. Die beiden Lokomotiven wurden so schwer beschädigt, daß sie abgeschleppt werden mußten. Die Reisenden setzten mit einem anderen Zuge die Fahrt fort.

Die Sklaref-Untersuchung.

Die Vernehmung des Stadtbankdirektors Hoffmann.

Im Oberpräsidium haben am gestrigen Montag die Vernehmungen des Stadtbankdirektors Hoffmann in der Disziplinäruntersuchung durch Oberregierungsrat Tapoffski begonnen...

Den Kredit an die Gebrüder Sklaref hätten die Stadtbankdirektoren Schmitt und Hoffmann nicht allein bewilligen können, sondern sie hätten der Genehmigung des Kreditausschusses der Stadtbank bedurft. Die ersten Geschäfte, die die Stadtbank mit den Sklarefs tätigte, hätten in der Bevorschussung von Forderungen gegen die Berliner Anstaltsgesellschaft und die Straßenbahn bestanden...

Als die Forderungen der Stadtbank gegen die Sklarefs die Summe von 7 Millionen erreicht hätten, habe auch Stadtkämmerer Lange davon erfahren. Der Stadtkämmerer habe wegen der Herabsetzung des Kredites nichts unternommen. Die Höhe der Kredite habe bei der Stadtbankleitung auch deshalb keinen Anstoß erregt...

Die „Rote Fahne“ macht gestern den perfiden Versuch, auch den Stadtdirektorenvorsitzer Hah in Verbindung mit der Sklaref-Affäre zu bringen, indem sie die weiterkündigernden Tatsachen mitteilt...

zusammen mit anderen Vertretern der Stadt auf dem Pressball war. Wenn sich die „Rote Fahne“ über Repräsentationspflichten und Repräsentationsfragen näher informieren will, so empfehlen wir ihr, bei ihrem kommunistischen Schwester- und Standaßblatt, der „Welt am Abend“ anzufragen...

Stadtkämmerer Lange äußert sich.

Zu der Erklärung des Direktors Hoffmann teilt das Städtische Nachrichtenamt mit, daß die Bemerkung, daß auch Stadtkämmerer Lange in der Gesellschaft der Sklarefs gesehen worden sei, sich auf den Pressball beziehe, bei dem Dr. Lange auf Einladung eines Berliner Stadtverordneten in dessen Loge gefessen hat...

Justizskandal in Frankfurt.

Ein nationalsozialistischer Mörder freigesprochen.

Frankfurt a. M., 14. Oktober. (Eigener Bericht.)

Das Schwurgericht in Frankfurt a. M. sprach am Montag den Mörder des 16jährigen Reichsbannermannes Schmidt, den Nationalsozialisten Schütz, frei. In der Begründung des Urteils heißt es, daß die Aufklärung des Falles durch die Beweisaufnahme nicht gelungen sei...

Am Abend des 28. April veranstaltete das Frankfurter Reichsbanner einen großen Umzug durch die Stadt. Das ließ natürlich die Nazis nicht schlafen; auch sie zogen mit ihren Gruppen umher. Abends, lange nach Beendigung der Demonstration, sahen mehrere Reichsbannerleute bei einer Geburtstagsfeier in einer Wirtschaft beisammen...

der Veröffentlichung werde weiter darauf hingewiesen, daß der Stadtkämmerer von dem Sklaref-Kredit Kenntnis erhalten habe, als dieser die Summe von 7 Millionen Mark erreicht habe. Dies war im Februar d. J., als dem Kämmerer ein Revisionsbericht vorgelegt wurde. Der Kämmerer hat sich daraufhin eingehend über diesen Kredit informiert lassen und ermogt, die Bezirksämter anzumelden, ihre rückständigen Rechnungen sofort zu begleichen...

Nach dieser Mitteilung ergibt sich, daß die Sorge um eine vermehrte Augenblicksbelastung schließlich zu einem dauernden Verlust der Stadt führte. Der Kämmerer hat dies nicht geahnt und konnte es nach Lage der Dinge und der ihm vorliegenden Unterlagen wohl kaum voraussehen.

Durchstechereien im Untersuchungsgefängnis.

Die Gebrüder Sklaref, die bisher im Untersuchungsgefängnis des Landgerichts II auf einem Korridor untergebracht waren, sind vor einigen Tagen auseinandergelegt worden. Max und Willi haben in einem anderen Flügel, und zwar räumlich weit getrennt, Zellen erhalten, während Leo Sklaref bisher noch in dem ihm zuerst angewiesenen Raum gefessen worden war...

Ergebnis des nationalsozialistischen Umzuges: zwei erstochene Reichsbannerleute!

Es blieb die Frage: wer von den Nazis waren die oder der Täter? Sozial Zeit sich auch der Untersuchungsrichter gelassen hatte, das Ergebnis seiner Ermittlungen war überaus dürftig. Die Toten sind stumm und im Fall Koch lautete heute noch die Aktion „gegen Unbekannt“...

Daß der Angeklagte die Tat leugnet und nicht einmal ein Taschenmesser in der Wadentasche bei sich getragen haben will, daß er in seinen Angaben von allen als Zeuge vernommenen Nationalsozialisten in nahezu einstudierten Auslagen tatkräftig unterstützt wurde, das ist selbstverständlich...

Am Freitag meldeten sich freiwillig, von ihrer Arbeitsstätte weg, zwei Zeugen, die die Vorgänge genau beobachtet hatten und nur aus Angst vor den Nationalsozialisten und ihren Drohungen bisher nicht gewagt hatten, vor den Zeugen zu treten. Mit

Johann Komáromi: He, Kosaken! Aus dem Ungarischen von Alexander von Sacher-Masoch

Ich sah verkröchen in einer Ecke der Ofenbank und beobachtete zitternd den Alten. Im flackernden Lampenlicht erschien er mir grauenerregend. Sein zermahltes Haar hing herab, von seiner Stirne träufelte Blut und da er sich mit dem Hemdsärmel über das Gesicht fuhr, wurde sein ganzes Antlitz blutig...

„Ja, Freundchen, daraus kannst du lernen, wie man seine Ehre rettet.“ Ich hörte den Schlag meines Herzens, während der blutige Alte mir gegenüberstand. Zum Glück trat mein Vater ein, mit dem Pferdederung in der einen Hand. In der andern hielt er einen Knäuel staubiger Spinnweben.

„Ach wil's gleich zubereiten, lieber Herr Vater“, sagte er zum Oberkosen. Er ging in das Vorhaus und holte eine Schüssel voll Wasser. In der Schüssel lag auch ein Brocken Lehm. Er knetete einen Teig daraus. Dann traten sie zur Lampe. Mein Vater fuhr mit einem nassen Lappen über die blutende Stirn des Oberkosen, presste jäh die Spinnweben darauf, drückte jetzt den Pferdederung darüber und belächelte schließlich das Ganze mit Lehm. Dann band er ihm ein Handtuch um die Stirn.

„Es ist soweit, lieber Herr Vater.“ „Danke, mein Sohn. Aber wir haben wenigstens Ordnung gemacht. Wie?“ — und er hob seinen verbundenen Schädel. „Wie gewöhnlich,“ antwortete mein Vater gleichmütig. Oben trat Großmutter zum Vorschein und brachte vier oder fünf Flaschen Schnaps. Nachdem sie die Flaschen auf

dem Tisch abgeladen hatte, nahm sie mich mit ins Hinterhaus, um mir ein Abendbrot zu geben.

Dort hinten weinte sie dann still vor sich hin, weil sie niemand sah. Und während ich ah, verkroch sie sich in die Ofenbank. Mitunter leuchtete sie:

„Man wird sie noch einmal erschlagen...“ „Mein Vater hat vor keinem Angst,“ sagte ich darauf. „Aber die arme Alte blies nur immerfort ihr eigenes Lied: „Du wirst's erleben, mein Kind, man wird sie sicher morden. Gott behüte, daß auch du so einer wirst, wenn du groß bist.“

Nach dem Abendbrot entkleidete mich die Großmutter, um mich nach vorn zu bringen. Denn sie schlief in der rückwärtigen kleinen Kammer, ich aber vorn mit Großvater. Der Oberkosal schlief jedoch niemals in einem Bett, sondern breitete seine Bunda vor die Ofenbank und streckte sich darauf aus. Gewöhnlich konnte er erst spät einschlafen. Im Finstern, wenn er die Lampe ausgeblasen hatte, wälzte er sich noch stundenlang hin und her, sprach zu sich selbst, murmelte und es verging eine lange Zeit, während er immer wieder und wieder aufstöhnte:

„Ho, ho, ... die Armut hat es schwer auf der Welt.“ Er mochte irgendeinen geheimen Kummer haben, aber ich verstand das damals noch nicht.

Großmutter entkleidete mich also, nahm mich in ihre Arme, und trug mich in das Vorderhaus ins Bett. Sie deckte mich zu, hüllte mich vorsichtig von allen Seiten ein, gab mir einen Kuß auf die Stirn und schlief hinaus.

Um diese Zeit war das Vorderhaus bereits voll Lärm. Um den Tisch und auf der Ofenbank saßen sieben, acht Leute. Sie aßen Speck und tranken Schnaps dazu. Der Oberkosal, dann mein Vater, dann Georg Bajda mit dem blinkenden Geldgürtel am Bauche, auch der etwas gebeugte Andreas Bilor war schon anwesend, meines Großvaters Kriegskamerad in der Schlacht bei Königgrätz, dessen Schnurrbart wie ein Besen abstand, so, daß man seinen Mund nicht sehen konnte, dann der sehr eingebüdete Antal Turbis, seines Zeichens Fuhrwaser, dem es unsäglich leid tat, daß er die heutige Brügelerei veräußert hatte. Gleich neben meinem Betttrand saß Ghuri Gindor, der Döbörbürgermeister, dessen Kopf immer ein wenig traurig niederbaumelte, und wiederholte immer wieder, daß — mögen die Leute im Dorf reden, was sie wollen — zu einer solchen Tat doch nur gewesene Krieger fähig seien...

Nachdem der Speck verzehrt war, tranken sie wieder. Sie holten ihre Pfeifen hervor und bliesen den Rauch vor sich hin. Der Rauch bildete eine dicke Nebelschicht, die unter dem Dedenbalken schwebte, so daß die Kosaken, wenn sie aufstanden, mit ihren Köpfen in den Nebel eindrangen und ihre Köpfe verschwanden.

Ich lag zusammengekauert im Bett und lauschte. Die Flasche ging von Hand zu Hand und es wurde schon weniger geredet. Der Trunk spannte die Haut über ihren Beckenknochen aus, ihre Augen begannen zu glänzen und da sich ihre Zähne fest um die Pfeifenstiele schlossen, zeigten die Pfeifenköpfe aufwärts und guckten von oben auf ihre Hutteränder herab.

Andreas Bilor, der alte Königgrätzer Kanonier, (der jedoch bei jedem haarsträubenden Rückzug in Wahrheit nur als Brückentischler mitgegangen hatte), stützte die Ellenbogen auf den Tisch und nickte meinem Großvater zu: „Wie verließ diese heutige Sache, Michael?“

Der Oberkosal lehnte sich prozig zurück: „Wie das vor sich ging? Nun, wie gewöhnlich. Wir kommen da von der Hochzeit heim in großer Laune. Vor Lazony kommen sie uns mit zwanzig Wagen entgegengefahren. Acht Wagen Ungarn, zwölf Wagen Slowaken. Sicher wollten sie zum Markt nach Nagymihály, der morgen stattfindet. Sie, auf zwanzig Wagen, mindestens hundert. Wir, auf einem Wagen, zu Dritt. Als wir in gleicher Höhe waren, blieben wir stehen. Auch sie hielten an. Ich rufe dem ersten Wagen zu: Ausweichen, he, hier kommen die Kosaken! Sie rufen vom ersten Wagen zurück: Wir ich... auf die Kosaken! Auch sie mochten vorher getrunken haben, denn sie waren in ähnlicher Laune wie wir. Ich rufe noch einmal hinüber: Ausweichen, he! Sie lachten. Ich sage darauf meinen zwei Jungen: Den Wagen querstellen... Georg stellt den Wagen quer, wir springen ab, ich nehme die Deichsel, sie nehmen die Rungen! Auch die Slowaken und die Ungarn springen ab, auch sie greifen nach den Deichseln und den Rungen! Ich rufe nun den Jungen zu, wie gewöhnlich: Drauf, Kosaken! Und dann gingen wir los...“

Hier machte er eine kleine Pause, obwohl alle Anwesenden nargebeugt lauschten. Erst drückte er mit dem Daumen die Blut seiner Pfeife zurecht und als sie wieder Zug hatte, sagte er joviell: „Wie blieben sie auf der Landstraße und im Graben, wir aber fuhren singend heim. Ich bedaure sie ja, aber weshalb haben sie mit uns angebumdelt? Habe ich recht, Gevatter Andreas?“

(Fortsetzung folgt.)

Das wahre Gesicht der Reaktion. Hugenberg-Volksbegehren will neue Inflation.

In der Kreismitgliederversammlung des Kreises Kreuzberg sprach kürzlich Genosse Wilhelm Dittmann vom Parteivorstand. Er gab einen Rückblick über die im letzten Jahre stärker als je hervortretenden Bestrebungen der Rechts- und Linksradikalen, die bestehende republikanische Staatsform zu stürzen und die Macht an sich zu reißen. Nach der Mainiederlage der Kommunisten, die sie sich infolge ihrer Provokation selbst zuzuschreiben haben, tritt die Aktivität der Nationalsozialisten und Völkischen mehr in den Vordergrund. Seit November vorigen Jahres ist eine zügellose Hypepropaganda mit den Bombenattentaten gegen republikanische Regierungsgebäude zu verzeichnen. Der Zweck beider Parallelerscheinungen ist die Förderung politischer Forderungen, die die Schaffung einer Diktatur im Sinne der Nationalisten und Völkischen zum Ziel haben. Die Nationalisten bestreiten zwar den Zusammenhang zwischen ihren Organisationen und den Attentätern und behaupten, die Polizei habe nicht die wahren Täter festgelegt. Aber das Aufhören der Bombenattentate beweist die Wichtigkeit der Polizeimaßnahmen. Derselben Stimmungsmache wie die Attentate dient das sogenannte Hugenberg-Volksbegehren, das erst Hugenberg mit seinem Geldsack aus einem Kleinunternehmen des Stahlhelms zu einer Angelegenheit aller „nationalen“ Kreise, die sich um den Geldsack scharen, gemacht hat. Was das Volksbegehren wirklich will, ist die Wiederherbeiführung jener unseligen Inflationszeiten durch Brückung unserer früheren Kriegsgegner, die Fortsetzung der unseligen Politik des „passiven Widerstandes“. Daß es nicht zum Erfolg führen wird, wissen selbst so beschränkte Köpfe wie Hugenberg und Glöck. Aber durch die Erweckung der dümmsten rationalistischen Illusionen in den Köpfen der Opfer der von den Parteigängern der Hugenberg, Glöck usw. hervorgerufenen Inflation wollen sie ihre illegalen Diktaturpläne fördern. Der Young-Plan, gegen den sich das Volksbegehren richtet, ist gewiß noch eine starke Belastung für Deutschland, aber nur ein politischer Rart wird behauptet, daß er keine Erleichterungen bringe. Und an den gesamten Kriegslasten des deutschen Volkes sind ja die Kreise um Hugenberg, die alldeutschen Kriegshörer, die einzig Schuldigen. Mit ihren wüsten Annexionsplänen gaben sie der Entente nur das Vorbild für ihre Handlungsweise. Mit der politischen Reaktion hand in Hand geht der Ansturm der sozialen Reaktion gegen die Sozialversicherung. Die Sozialdemokratie stand in diesem Kampf allein; die Kommunisten übten nur proteste Demagogie.

Neue schwere Kämpfe stehen bevor, zu denen sich die Partei in der Werbeweche rüstet. Einer der wichtigsten ist die bevorstehende Kommunalwahl, bei der sämtliche Gegner uns wegen des Skandal-Standals mit Schmutz zu bewerfen suchen. Keiner unserer Gegner, selbst nicht die Kommunisten, die den Fall wie immer nur gegen die Sozialdemokratie auszuschielen versuchen, sind frei von Korruption. Die Sozialdemokratie wird selbstverständlich alle Parteimitglieder, die sich Verfehlungen zuschulden kommen lassen, rückwärtslos bestrafen, um die Front der Partei rein und geschlossen zu erhalten.

10 Jahre Verwaltungsakademie Berlin Festakt in der Universität.

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Verwaltungsakademie Berlin fand am gestrigen Montag nachmittag in der Neuen Aula der Universität eine Feier statt, an der zahlreiche hervorragende Vertreter der Reichs- und Staatsregierung, sowie der Beamtenorganisationen teilnahmen.

Der Zweck der Verwaltungsakademien ist es, die Beamten und Angestellten der öffentlichen Behörden mit den Neuerungen der Gesetzgebung, der Umgestaltung der Wirtschaft und der sozialen Verhältnisse vertraut zu machen. An den Veranstaltungen der jetzt 10 Jahre bestehenden Verwaltungsakademie Berlin haben in dieser Zeit 21 500 Beamte und Angestellte aus Berlin und Umgebung, sowie 21 600 Beamte aus anderen Gebieten des Reiches teilgenommen. Für das jetzt beginnende Wintersemester sind Vorlesungen und Übungen auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung vorgesehen, von denen besonders die Vortragsreihe über Verwaltungsreform, über die

Sozialdemokratische Kandidaten

für die Wahl am 17. November 1929.

Auf dem Bezirksparteitag der Sozialdemokratie Groß-Berlin wurden die Vorschlagslisten zur Stadtverordnetenwahl am 17. November genehmigt. Wir veröffentlichen nachstehend die ersten acht Kandidaten der Stadtiliste und aus den Listen der 15 Wahlkreise je die ersten vier zu wählenden Stadtverordneten.

Stadtiliste.

1. Hoff, Johannes, Verbandsvorsitzender (Reinickendorf)
2. Dr. Weinberg, Siegfried, Rechtsanwalt (Mitte)
3. Ariele, Richard, Geschäftsführer (Neukölln)
4. Reinhold, Walter, Geschäftsführer der Kleingärtner (Treptow)
5. Kohbe, Robert, Sekretär der Arbeitsinvaliden (Cöpenick)
6. Lobenhagen, Rinna, Angestellte (Treptow)
7. Siegle, Karl, Gewerkschaftsangehöriger (Lichtenberg)
8. Buchholz, Emil, Krankenkassenangehöriger (Schöneberg)

Wahlkreis 1 (Mitte)

1. Riefe, Willi, Angestellter.
2. Coewig, Siegfried, Rechtsanwalt
3. Horch, Paul, Zigarrenhändler.
4. Thomas, Max, Betriebsleiter.

Wahlkreis 2 (Tiergarten)

1. Bublitz, Carl, Geschäftsführer.
2. Glajus, Hermann, Geschäftsführer.
3. Dr. Frankenthal, Käthe, Verzin.
4. Häbde, Gustav, Rektor.

Wahlkreis 3 (Wedding)

1. Heimann, Hugo, M. d. A.
2. Brodat, Fritz, Direktor.
3. Welde, Wilhelmine, Fürsorgerin.
4. Ulrich, Max, Gewerkschaftsangehöriger.

Wahlkreis 4 (Brenzlauer Berg)

1. Döhnert, Adolf, Arbeitsamtsangestellter.
2. Kreuziger, Max, Schulführer.
3. Kermes, Georg, Mechaniker.
4. Knopf, Kurt, Angestellter.

Wahlkreis 5 (Friedrichshain)

1. Büchner, Otto, Krankenkassenangestellter.
2. Müller, Gustav, Metallarbeiter.
3. Günther, Willi, Angestellter.
4. Gulekoff, Christian, Tischler.

Wahlkreis 6 (Kreuzberg)

1. Effe, Karl, Kassenangestellter.
2. Robinson, Paul, Werkmeister.
3. Barth, Richard, Verbandsvorsitzender.
4. Eichberg, Reinhold, Gewerkschaftsangehöriger.

Wahlkreis 7 (Charlottenburg)

1. Witt, Alfred, Stadtrat.
2. Dr. Kawerau, Siegfried, Stadtrat.
3. Gebert, August, Gewerkschaftsangehöriger.
4. Lange, Eise, Chefrau.

Wahlkreis 8 (Spandau)

1. Czjnsky, Erich, Redakteur.
2. Kany, Fritz, Mechaniker.
3. Schulze, Max, Rektor.
4. Gruse, August, Schlosser.

Wahlkreis 9 (Wilmerdorf)

1. Wogwood, Hans, Rektor.
2. Oppel, Georg, Stadtrat.
3. Dr. Kozach, Alfred, Arzt und Volkswirtschaftler.
4. Stof, Jenny, Hausfrau.

Wahlkreis 10 (Zehlendorf, Steglitz, Tempelhof)

1. Klose, Otto, Angestellter.
2. Draemert, Richard, Kaufmann.
3. Burgmeister, Otto, Verbandssekretär.
4. Frach, Gottlieb, Zimmerpolier.

Wahlkreis 11 (Schöneberg)

1. Jlatau, Erich, Verbandsgeschäftsführer.
2. Kasper, Fritz, Tischler.
3. Hepprich, Paul, städtischer Arbeiter.
4. Poelle, Max, Techniker.

Wahlkreis 12 (Neukölln)

1. Harnisch, Herrn., Gewerkschaftsangehöriger
2. Bornmann, Anna, Ehefrau.
3. Ushenbrenner, Max, Schlosser.
4. Görtner, Kurt, Tischler.

Wahlkreis 13 (Treptow, Köpenick)

1. Strieder, Wilhelm, Kassenangestellter.
2. Wold, Fritz, Geschäftsführer.
3. Lempert, Hermann, Architekt.
4. Klatt, Friedrich, Gewerkschaftssekretär.

Wahlkreis 14 (Lichtenberg)

1. Tempel, Gustav, Gastwirt.
2. Kradt, Ernst, Kaufmann.
3. Rüning, Franz, Gewerkschaftsangehöriger.
4. Rogak, Georg, Gewerkschaftsangehöriger.

Wahlkreis 15 (Weißensee, Pantow, Reinickendorf)

1. Schäfer, Heinrich, Kaufm. Angestellter.
2. Amberg, Hermann, Verkehrsinspektor
3. Faust, Otto, Lehrer.
4. Keller, Friedrich, Lehrer.

Berliner Kommunalpolitik und über die Aufgaben der gegenwärtigen Schulverwaltung von besonderem Interesse sind.

Die Feier wurde durch musikalische Darbietungen des Bläserchors des Kammerorchesters, Bläß eingeleitet. Reichsminister a. D. Dr. Schiffer begrüßte sodann die erschienenen Ehrengäste. Reichswehrminister Groener überbrachte hierauf die Glückwünsche der Reichsregierung, wobei er die Anerkennung für die von der Verwaltungsakademie geleistete Beamtenbildungsarbeit aussprach. Namens der preussischen Staatsregierung sprach Kultusminister Dr. Becker gleichfalls Dank und Anerkennung aus.

Die Vorlage über die „Stresemannstraße“.

Der Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen, in der er die Umbenennung der Königgräzer Straße in „Stresemannstraße“ wie folgt begründet: „Für die Auswahl dieser Straße bestimmte uns der Umstand, daß sie einerseits in der Verlängerung der Friedrich-Ebert-Straße mit anliegender leichter Bahnhofsstraße Stresemanns und andererseits im Zuge der nach seinem Grabe auf dem Luisenstädtischen Friedhof führenden Straßen liegt.“

Die vereinigten Militär-Musikkorps des Wehrkreises III veranstalteten am Sonntag vormittag im Circus Busch ein Wohlthätigkeitskonzert. 200 Musiker marschierten in der Arena auf und gaben dann unter Leitung von Professor Hackeberger ihr Bestes. Die Peer Gynt-Suite von Grieg, wunderbar be-

jezt gespielt, leitete das Programm ein. Glücks Ouvertüre zur Oper „Iphigenia in Aulis“ bildete den zweiten Teil. Auch hier waren die Militärmusiker durchaus auf der Höhe künstlerischen Könnens. Später folgten Variationen über das Lied „Die Forelle“ von Schubert. Ein Walzer von Joh. Strauß „Du und Du“ beschloß das klassische Teil. Dann folgten alte Militärmärsche, die in den „Großen Zapfenstreich“ ausliefen.

Zu der Spaltungsoffizien der Kommunisten nahmen die SPD-Freidenker heute, Dienstag, 7½ Uhr, in einer Mitgliederversammlung aller SPD-Freidenker in der Löwenbrauerei, Hochstraße 106, Badstraße, Stellung. Einziger Tagesordnungspunkt: Stellungnahme. Referent Josef Schneider. Vollständiges Erscheinen dringend geboten.

Das Volksbildungsamt Wilmerdorf veranstaltet im Stadthaus, Kallenallee 1-12, an den Donnerstagen, 17. u. 24. Oktober, 7. 14. u. 28. November, 5. u. 12. Dezember, immer 8 Uhr abends, neben Kunstabend (Orchesterkonzert, Kammermusik, Vorträge usw.). Für alle Abende geltende Dauerarten zu 3 M., 4 M., 5 M. einchl. Kleiderablage, bei: Volksbildungsamt, im Stadthaus; Götterbuchhandlung, Hohenstraße 18; Spartakassenstelle, Berliner Str. 135; Spartakassenstelle, Kurfürstendamm 91; Spartakassenstelle, Schmargendorf, Breite Str. 14. Erster Abend: 17. Oktober, Konzert, Vorträge, Vorträge. Außerdem werden an den Freitagen, 18. u. 26. Oktober, 1. 8. 15. u. 22. November, immer 8 Uhr abends, sechs Vortragsabende veranstaltet, an denen Walter Herd. Arrogmann über „Besinnlichkeiten im Kunstleben der neuen Zeit“ (Leib, Liebermann, Corinth, Elzovig, Thoma, Hoyer, Barock) spricht. Für alle Abende geltende Dauerarten einchl. Kleiderablage zu 2 M. (Schüler 1,50 M.) im Volksbildungsamt und in der Götterbuchhandlung. Einzelarten einchl. Kleiderablage zu 50 Pf. (Schüler 20 Pf.) nur im Volksbildungsamt und an der Abendkasse. Erster Abend: 18. Oktober, über Leib.



Ob »ihr« was passiert ist?

I wo! Frauen können nicht immer pünktlich sein (zumal wenn sie sich für das Stelldichein besonders nett anziehen!)

Heraus mit dem Caid-Karton aus dem Paletot! Blumenstrauß und griesgrämiges Gesicht - das verträgt sich nicht. Mit einer Caid-Zigarette im Munde merkt man nicht die Viertelstunde. Zumal Caid jetzt einen ganz neuartigen Rauchgenuß bietet!

CAID

5 Pf.

MASSARY-ZIGARETTE!

Besuchen Sie die Tauschbüros: Berlin C₂, Schloßplatz 1 oder Charlottenburg, Goethestr. 45, Ecke Wilmerdorfer Str.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind ...

Die Schließung der Arbeiterbildungsvereine ...

1. Kreis Mitte, Abteilungen 1 bis 7, Mittwoch, 16. Oktober, 19 1/2 Uhr ...

7. Kreis Wedding, heute, Dienstag, 15. Oktober, 19 1/2 Uhr ...

8. Kreis Friedrichshagen, Freitag, 15. Oktober, 18 1/2 Uhr ...

13. Kreis Tempelhof, der für heute, Dienstag, angekündigte Beginn ...

14. Kreis Prenzlauer Berg, Dienstag, 15. Oktober, 19 1/2 Uhr ...

heute, Dienstag, 15. Oktober:

8. Abt. Die Bezirksleiter werden gebeten, das Werbematerial ...

13. Abt. Die Bezirksleiter holen Werbematerial von ...

14. Abt. Charlottenburg, 20 Uhr im Rathaus ...

15. Abt. Salzenberg, 20 Uhr bei ...

16. Abt. Tempelhof, 20 Uhr bei ...

17. Abt. Schöneberg, 20 Uhr bei ...

18. Abt. Tempelhof, Treffpunkt zur Demonstration ...

19. Abt. Kreuzberg, 20 Uhr in der ...

Morgen, Mittwoch, 16. Oktober:

1. Abt. 20 Uhr Versammlung der ...

12. Abt. 19 1/2 Uhr bei ...

14. Abt. 20 Uhr Schließende bei ...

15. Abt. 19 1/2 Uhr Schließende bei ...

17. Abt. 19 1/2 Uhr Schließende in ...

18. Abt. 19 1/2 Uhr Schließende in ...

19. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

20. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

Öffentliche Versammlungen

heute, Dienstag, den 15. Oktober:

85. Abt. Tempelhof, Treffpunkt zur Demonstration ...

Morgen, Mittwoch, den 16. Oktober:

7. Kreis Charlottenburg, 19 1/2 Uhr im ...

32. Abt. Friedrichshagen, 20 Uhr in ...

Donnerstag, den 17. Oktober:

9. Kreis Wilmersdorf, 20 Uhr im ...

108. Abt. Köpenick, Treffpunkt zum ...

Erscheint in Massen!!

(yadenabend, Vortrag: „Was ist und was ...“)

16. Abt. 19 1/2 Uhr in der ...

18. Abt. 19 1/2 Uhr außerordentliche ...

19. Abt. 19 1/2 Uhr außerordentliche ...

20. Abt. 19 1/2 Uhr außerordentliche ...

21. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

22. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

23. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

24. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

25. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

26. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

27. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

28. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

29. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

30. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

31. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

32. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

33. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

34. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

35. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

36. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

37. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

38. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

39. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

40. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

41. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

42. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

43. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

44. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

45. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

46. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

47. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

48. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

49. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

50. Abt. 19 1/2 Uhr in ...

73. Abt. Schöneberg, 20 Uhr im ...

74. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

75. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

76. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

77. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

78. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

79. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

80. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

81. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

82. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

83. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

84. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

85. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

86. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

87. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

88. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

89. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

90. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

91. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

92. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

93. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

94. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

95. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

96. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

97. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

98. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

99. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

100. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

101. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

102. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

103. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

104. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

105. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

106. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

107. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

108. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

109. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

110. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

111. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

112. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

113. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

114. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

115. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

116. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

117. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

118. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

119. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

120. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

121. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

122. Abt. Köpenick, 19 1/2 Uhr im ...

Advertisement for 'Wie bereiten Sie Tee?' featuring an illustration of a woman and a 'Komplett-Teekanne'.

Advertisement for Theater, Lichtspiele usw., listing various venues like Staats-Oper, Winter Garten, and others.

116. Vfr. Grlmua, Berlin, 12. Oktober, 20 Uhr, bei Berna. Moenchen...
127. Vfr. Raulsberg, Berlin, Dienstag, 15. Oktober, 20 Uhr, bei Reumann...

Bezirksauschuß für Arbeiterwohlfahrt.

Z. Kreis Klempen. Am Donnerstag, dem 17. Oktober, 19 1/2 Uhr...
Jungsozialisten.

Jungsozialisten.

Gruppe Dichtberg, Berlin, Dienstag, 20 Uhr, im Jugendheim...
Gruppe Charlottenburg, Berlin, Dienstag, 20 Uhr...

Vereinigung sozialdemokratischer Juristen:

Richteramt am Donnerstag, dem 17. Oktober, 20 Uhr, im Gebäude...
Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Kreis Wedding, Die Selbstüberprüfung für die Kinder...
Kreis Friedrichshagen, Freitag, 18. Oktober, findet unsere...

Geburtsstage, Jubiläen usw.

14. Vfr. Ingeram Genossen Christian Schäfers und seiner Ehefrau...
17. Vfr. Reinhold-Wal, Ingeram Genossen Bruno Wiedemann...

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin
Einfindungen für diese Partei nur an den Jugendleiter...

Abteilungsleiter, reich umgeben den Berichtsbogen...
heute, Dienstag, 15. Oktober, 19 1/2 Uhr:

Reinhold-Wal: Heim Müllerstr. 18, Sonntag: Jean Sauer...
Reinhold-Wal: Heim Müllerstr. 18, Sonntag: Jean Sauer...

Kreis VII: Heim Müllerstr. 1-4, 2. B. Hakenberg...
Kreis VIII: Heim Müllerstr. 1-4, 2. B. Hakenberg...

Weiterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgebung...
Jitzus Krone kommt nicht nach Berlin.

CASINO-THEATER
Lustspielhaus
Kleines Theat.
Max Adalbert
Rente
Elli-Sänger

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Todesanzeige
Hans Senf
VAUEN
Gesundheitspfeife
Dr. Perl
Schont Herz und Lunge

FÜR FRISCHE QUALITÄT GARANTIERT BIS:
Ja! Goethe hat recht:
„Was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen!“

3 ÜBERSCHUHE
die in Form, Farbe und Qualität der Mode entsprechen
HERMANN TIETZ
Das Warenhaus Berlins in allen Stadtteilen!

Und hier steht's deutlich schwarz auf weiß, wie frisch Rama im Blauband ist.
Fabrikationskontrolle durch die Hausfrau!
Rama im Blauband
doppelt so gut
mit Garantie-Zeichen für frische Qualität

Verband der graphischen Hilsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands
Kühneraugen
Kukirol

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Montag, dem 14. Oktober.

1. Rennen. 1. Delft (Ch. Wills), 2. Collane, 3. Herkules. Toto: 44:10. Platz: 16, 52, 34:10. Ferner liefen: Opti, Sorgenlos, Strußer, Temej Pfla, Osterping, Du-Lo.

7. Rennen. 1. Durmida (Ch. Wills), 2. Frida Edelstein, 3. Blauel. Toto: 30:10. Platz: 12, 17, 15:10. Ferner liefen: Dorfenmädgen, Abendkern, Der Alpen, Dampfbühne, Rentmeister.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 17/18, Tel. 2 27. Mittwoch, 14. Oktober, Friedrichshagen, Kameradschaftsversammlung um 19:15 Uhr: Kameradschaft Anders in Schwans Gefell...

Veitinger Esperanto-Verband. Dienstag, 13. Oktober, 1904 Uhr, 11. Hofgasse, Unterstadt. 11. Vortrag des Herrn Alexander Schwarz über „Das Deutsche Esperanto-Verband“. Gäste willkommen.

Heute zu Tiets: billige und gute Lebensmittel einkaufen

Verkauf sowohl Vorrat - Mengenabgabe vorbehalten

Advertisement for 'SERIEN-VERKAUF' (Series Sale) featuring various food items like 'Wurstwaren', 'GEMUSE UND OBST', 'Käse und Fette', 'FRISCHES FLEISCH', 'GEFRIERFLEISCH', and 'Kolonialwaren' with prices.



Verkäufe (Sales) section listing various items like 'Wohlfühl-Zeppele', 'Bekleidungsstücke, Wasche usw.', and 'Möbel'.

Advertisement for 'Okasa' medicine, describing its benefits for various ailments and providing contact information for the pharmacy.

Advertisement for 'Deutsche Reichspatent' and 'Ein Geheimnis? Männer! Neue Kraft!', featuring an illustration of a man and woman.

Advertisement for 'Männern! Neue Kraft!' and 'Zehntausend Probenpackungen umsonst', detailing the product's effectiveness.

Advertisement for 'Musikinstrumente' (Musical Instruments) listing various instruments and their prices.

Advertisement for 'Unterricht' (Education) and 'Verschiedenes' (Miscellaneous) listing various educational and other services.